

## Anfragen zum Plenum in der 20. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Benjamin Adjei vom 14.03.2025 betreffend „Kooperation zwischen den Polizeibehörden in Buenos Aires und Bayern“, frage ich die Staatsregierung, durch welche Maßnahmen werden Inhalte in den Themenfeldern „Führen in herausfordernden Zeiten“, „Digitalisierung“ in 2024 und „Die Zukunft der Polizei aktiv gestalten“ in 2025 zwischen den Organen der Polizei Bayerns und Argentiniens behandelt (bitte Inhalte nennen), welche Schlussfolgerungen zieht die Staatsregierung aus dem Bericht von Amnesty International Argentina zur ansteigenden Polizeigewalt im Jahr 2024 für die weitere Kooperation mit polizeilichen Vertreterinnen und Vertretern aus Argentinien und der Beratung und Unterstützung durch die Bayerische Bereitschaftspolizei vor Ort in Argentinien und inwiefern beraten Organe der Bayerischen Polizei Organe der Polizei in Argentinien zu Einsatzmöglichkeiten von KI in der Polizeiarbeit (bitte Tools und/oder Plattformen nennen)?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personen, die derzeit Mitglied des Bayerischen Landtags sind, werden vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unter der Maßgabe des „Ramelow-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts aufgrund welcher Aktionen der betroffenen Personen konkret beobachtet (bitte Namensnennung), bzw. wie viele Prüffälle in diesem Kontext gibt es derzeit?

**Nicole Bäumler**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Kommunen sind die zwei bewilligten und drei vorliegenden Projektanträge jeweils verortet, welcher Träger hat sie gestellt und um welche Summen geht es jeweils?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie zur Vermeidung von Sanktionen gegen das Landesamt und Bundesamt für Verfassungsschutz der Aufforderung des Vorsitzenden des Ausschusses zur Kontrolle der US-Geheimdienste Tom Cotton („bis die deutsche Regierung die AfD als legitime Oppositionspartei und nicht als ‚rechtsextremistische Organisation‘ behandelt“) nachkommen, um zu vermeiden, dass US-Geheimdienste angewiesen werden, Maß-

nahmen zu ergreifen, also Sanktionen auch gegen das Landesamt für Verfassungsschutz einzuleiten<sup>1</sup>, wie oft wurde die Staatsregierung durch die USA bisher bereits aufgefordert, „die AfD als legitime Oppositionspartei und nicht als ‚rechtsextremistische Organisation‘“ zu behandeln, um die Anwendung einer Auswahl der drei Sanktionen a) Abschneiden von Geheimdienstinformationen, b) Ablehnung von Unterstützungsuntersuchungen und c) Bericht über Unterstützung zur Überwachung der AfD und deren Mitglieder während der Biden-Regierung zu vermeiden und hat die Staatsregierung angesichts der Tatsache, dass Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt, zum – nach meinem Verständnis – zurückgezogenen Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz über die AfD bemerkt hat, „Das Gutachten sei nicht ausschließlich mit öffentlichen Quellen, sondern auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln erstellt worden“, während der Biden-Regierung in den USA Geheimdienstinformationen über die AfD und/oder deren Mitglieder angefordert und /oder von dort erhalten (bitte begründen)?

**Andreas Birzele**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund wurden die Richtlinien zur Förderung von Wohnraum für Auszubildende (AzubiR) beschlossen, obwohl der Staatsregierung offenbar keine belastbaren Daten zum Ist-Bestand an Ausbildungswohnheimen in Bayern vorliegen, wie wurde dann der Bedarf an Ausbildungswohnraum konkret ermittelt und warum kann die Staatsregierung keine Auskunft zu genauer Anzahl, Lage und Auslastung bestehender Ausbildungswohnheime in Bayern geben?

**Martin Böhm**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr die von der EU-Kommission beauftragte Studie „Mapping the impact of industrial decline on European regions“ vom März 2025 bekannt und, sofern ja, teilt sie den darin vorgestellten Befund, dass Regionen in Bayern in besonderem Maße vom Niedergang wichtiger Schlüsselindustrien betroffen sind und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus diesem Befund?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Christopher Street Days (CSDs) in Bayern im Jahr 2024 mit Gegenversammlungen konfrontiert waren (bitte nach Datum, Ort, Titel der Versammlung und Zahl der Teilnehmenden auflisten), in welchen Fällen nach Kenntnis der Staatsregierung die AfD organisatorisch oder personell an derartigen Versammlungen beteiligt war (bitte analog zur ersten Teilfrage auflisten) und wie viele Straftaten 2024 im Oberthemenfeld Hasskriminalität erfasst wurden, bei denen ein Bezug zu CSDs gesehen wurde (bitte sortiert nach Datum, Ort, Straftatbestand, Unterthemenfeld, PMK-Bereich sowie bei Gewaltdelikten mit Kurzsachverhalt aufschlüsseln)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die geplanten Herabsetzungen der Genehmigungs- und Umweltverträglichkeitsprüfungsanforderungen für Skipisten, Seilbahn- und Lifтанlagen sowie

---

<sup>1</sup> [https://www.cotton.senate.gov/imo/media/doc/dni\\_letter.pdf](https://www.cotton.senate.gov/imo/media/doc/dni_letter.pdf)

Beschneigungsanlagen durch das Dritte Modernisierungsgesetz Bayern mit Artikel 2 des Bayerischen Naturschutzgesetzes vereinbar, wie sind sie vereinbar mit dem Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtag vom 05.06.1984, und wie sind sie vereinbar mit dem Bayerischen Alpenplan im Landesentwicklungsprogramm, insbesondere mit den Anforderungen für die Zone B und für die Zone C?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher konkreten rechtlichen Grundlagen und Kriterien könnte im Freistaat Bayern die Schulpflicht ausgesetzt werden und ein Schulausschluss erfolgen, bei welchen Gründen ist auch ein kurzfristiger Schulausschluss gerechtfertigt (beispielsweise bei Erkrankung der Schulbegleitung) und wie verläuft die Informations- und Meldekette bei einer Entscheidung über einen Schulausschluss?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der von Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Anna Stolz, und Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten täglichen „Bewegungs-Halbe-Stunde“ an Grundschulen, wann will die Staatsregierung ein entsprechendes von Lehrkräften und Sportverbänden angemahntes Konzept vorstellen und inwiefern werden Unterrichtsinhalte gestrafft oder gestrichen, um Raum für die zusätzlichen 30 Minuten zu schaffen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Geflüchtete sind in den Jahren 2024 und 2025 in Bayern aufgenommen worden (bitte nach Monaten und Regierungsbezirken auflisten), wie viele Geflüchtete sind aktuell in Bayern untergebracht (bitte nach Regierungsbezirken, Unterkunftsarten ANKER, Gemeinschaftsunterkünfte, dezentrale Unterkünfte, die jeweiligen Kapazitäten, tatsächliche Belegung und die Zahl der Auszugsberechtigten auflisten) und wie viele Geflüchtete sind in den Jahren 2024 und 2025 abgeschoben worden und freiwillig ausgewandert (bitte nach Monaten und Herkunfts- bzw. Transitländern auflisten)?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind in Bayern in der Industrie insgesamt, in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie, im Maschinenbausektor, im Dienstleistungssektor und im Bereich des Computer- und Digitalsektors seit dem 01.10.2023 entstanden, wie viele Stellen wurden abgebaut und wie viele sind durch Unternehmensabwanderung verlorengegangen?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Kündigung des Vertrags über die sozialpsychiatrischen Beratungsdienste (SpDis) in der Region Würzburg und der aktuell völlig ungeklärten Zukunft der SpDis frage ich die Staatsregierung, welche konkrete Bedeutung sie dem Erhalt der SpDis zumisst, was sie bisher unternommen hat bzw. was sie zeitnah unternommen wird, um die Zukunft des SpDi in der Region Mainfranken, aber auch anderen Regionen in Bayern ohne Unterbrechung sicherzustellen, wie sie zum aktuellen Vorschlag der „Unterfränkischen Sozialpsychiatrischen Dienste“ (Mai 2025)

steht, Veränderungen in der Regelfinanzierung vorzunehmen und die sozialpsychiatrischen Dienste als Pflichtleistung im Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz zu verankern (bitte auch auf Pläne eingehen, gemeinsam mit den Bezirken die Refinanzierung der Träger auf Basis der tatsächlichen Kosten übergangsweise sicherzustellen – statt einer Pauschalfinanzierung und des Eigenanteils der Träger – bis eine dauerhafte Lösung auf den Weg gebracht wird)?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem Landrat Thomas Eberth sich in der Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Würzburg am 06.05.2025 gegen eine Reduzierung von Vorranggebieten zum Abbau von Muschelkalk und Ton (siehe Bericht in der Main-Post vom 09.05.2025) eingesetzt hat und damit erneut gegen eine zügige Ausweitung des Wasserschutzgebietes, sowie zu einer Äußerung von Staatssekretär Tobias Gotthardt in der BR-Fernsehsendung „jetzt red i“ vom 23.04.2025, in der er zum Wasserschutzgebietsverfahren und den Fragen des beantragten Gipsabbaus äußerte „[wir] werden es auch im [Wirtschafts-]Ministerium als Chefsache begleiten“, frage ich die Staatsregierung, ob sie erwägt, hierzu nötigenfalls den Landrat als Leiter der staatlichen Wasserbehörde anzuweisen, die seit über 30 Jahren diskutierte Ausweisung des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellen“, aus dem das Trinkwasser für über 80 000 Menschen in Stadt und Landkreis gewonnen wird, endlich umfassend konstruktiv zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass das Wasserschutzgebiet zügig zum Abschluss gebracht werden soll, wie die Staatsregierung die im Bericht der Main-Post gegebene Einschätzung „Solange die Rohstoff-Vorranggebiete nicht verkleinert sind und weiter ins geplante Trinkwasserschutzgebiet der Stadt Würzburg hineinragen, kann dieses nicht ausgewiesen werden“ beurteilt und bewertet, und wie die von Staatssekretär Tobias Gotthardt bei „jetzt red i“ gemachte „Chefsache“-Äußerung im Hinblick auf das Wasserschutzgebietsverfahren und dem damit einhergehenden vorrangigen Grundwasserschutz und Trinkwasserschutz von der Staatsregierung bewertet wird (insbesondere, da diese Äußerung von einem Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie getätigt wurde, das dem Bergamt Nordbayern, das die Genehmigung des beantragten Gipsabbaus im geplanten Wasserschutzgebiet zu beurteilen und auszusprechen oder zu versagen hat, fachlich vorsteht)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnräume konnten im Rahmen des „bayerischen Wohnraumbooster“ bereits für Pflegekräfte geschaffen werden, wie viele Wohnheimplätze konnten für Auszubildende geschaffen werden und hat die Staatsregierung Kenntnis über die Wohnraumnachfrage, die auf Pflegekräften gegenüber Arbeitgebern erhoben wird?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen seit dem Beschluss vom vergangenen Mittwoch in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Antrag der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/6171) bereits ergriffen wurden und welche konkreten Schritte bis zum kommenden Freitag geplant sind, um die Ausschuss gefassten Beschlüsse umzusetzen, und ob bereits Kontakte mit den entsprechenden Stellen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat sowie der Europäischen Union aufgenommen wurden, um die Möglichkeit einer schnellen Umsetzung der Beschlüsse angesichts des Zeitdrucks und der Planungssicherheit, insbesondere für die Öko-Betriebe zu prüfen?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Förderung von Wohnraum für Studierende wurden von 2023 bis 2025 gestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und beantragter Fördersumme angeben), wie viele dieser Anträge wurden bewilligt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und bewilligtem Gesamtbetrag angeben) und in wie vielen Fällen wurde ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn bewilligt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr angeben)?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Anlässlich der Berichterstattung (Mainpost vom 09.05.2025 „Autozulieferer Brose lenkt ein: Konzern schließt Werk in Würzburg doch nicht“) frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Gespräche und Verhandlungen zum Erhalt des Standortes Würzburg von Brose geführt wurden (bitte konkrete Angabe der Personen, z. B. Betriebsrat/Gewerkschaft, Vorstand, Eigentümer, mit denen die Gespräche geführt wurden, als auch mit Angabe des jeweiligen Ergebnisses), welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen (insbesondere welche Förderungen) seitens der Staatsregierung angeboten wurden und wann Vertreter des bayerischen Kabinetts zum Thema Standorterhalt vor Ort in Würzburg Gespräche mit dem Betriebsrat und der Standortleitung führen werden, auch als Zeichen der Unterstützung für die 1 400 Beschäftigten und ihre Familien?

**Daniel Halemba**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Abgeordneten werden aktuell durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz laut dem Verfassungsschutzbericht beobachtet und die Beobachtung geprüft, welche Kriterien oder Entwicklungen führen dabei zu einer Neubewertung, und welche zeitlichen Abläufe oder Handlungszeiträume fließen in diese Bewertung mit ein?

**Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die zentralen Ergebnisse der ChanGePflege-Studie bewertet (bitte insbesondere auf die festgestellten Herausforderungen in der Koordination zwischen schulischer und praktischer Ausbildung sowie die Empfehlungen zur verbesserten Unterstützung der Auszubildenden eingehen), welche konkreten Handlungsmöglichkeiten sieht die Staatsregierung, um die Ausbildungsqualität und die Möglichkeit zu Teilzeitangeboten im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung zu verbessern und Ausbildungsabbrüchen vorzubeugen und wie gedenkt die Staatsregierung diese Handlungsmöglichkeiten zeitnah umzusetzen (bitte auch darauf eingehen, welche Maßnahmen, Pilotprojekte und Förderprogramme bereits existieren, geplant oder in Vorbereitung sind)?

**Andreas Jurca**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Informationen zur Verteilung des vom Bund angekündigten Sondervermögens Infrastruktur vor, welcher Anteil steht dem Freistaat nach Einschätzung der Staatsregierung zu und welche Infrastrukturprojekte haben den größten Finanzierungsbedarf im Freistaat?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld hat sie seit April 2024 insgesamt für das Förderprogramm „BioMeth Bayern“ ausgegeben, wie viel Biomethan wurde dank des Förderprogramms zusätzlich in das bayerische Erdgasnetz eingespeist, welche konkreten Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften behindern als bürokratische Hürden die Umsetzung des Förderprogramms „BioMeth Bayern“, wie angedeutet von Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwaner, in seinem Bericht zum Thema „Bayerns Versorgung mit Gas und Wasserstoff sicherstellen“ am 08.05.2025 in der 28. Sitzung des Ausschusses Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung des Bayerischen Landtags (falls möglich, bitte auch konkrete Paragraphen nennen)?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die aktuelle Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) sowie in den staatlichen Kulturinstitutionen (bitte mit Auflistung der einzelnen Institutionen mit jeweiliger Quote), welche konkreten Maßnahmen ergreift das StMWK, um die Beschäftigungsquote zu erhöhen bzw. die gesetzliche Pflichtquote in den einzelnen Institutionen zu erreichen und welche strukturellen oder branchenspezifischen Herausforderungen erschweren insbesondere im Bereich Kunst und Kultur die Erfüllung der Schwerbehindertenquote?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ab welchem Termin wieder über Förderzusagen nach der Richtlinie zur Förderung von langfristig gebundenem Kohlenstoff in Gebäuden in Holzbauweise in Bayern (Bayerische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz) entschieden wird und welche Möglichkeiten für die zuständigen Bewilligungsstellen zur Zustimmung zu vorzeitigen Maßnahmenbeginn zur Überbrückung des Zeitraums bis zur Wiederaufnahme der Entscheidungen über Förderzusagen geschaffen werden?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen, administrativen oder sonstigen Vorteile – einschließlich Zuwendungen, öffentlicher Unterstützung, staatlicher Förderung, projektbezogener Mittelbereitstellung, Zahlungen im Rahmen von Partnerschaften oder Veranstaltungskooperationen hat die Staatsregierung, direkt oder indirekt sowie über Institutionen wie Bayern Innovativ, die LfA Förderbank Bayern, das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, das Staatsministerium für Digitales oder andere unter Kontrolle des Freistaates Bayern stehende Stellen im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel 2025 gewährt, in welcher Höhe haben Vertreter der Bayerischen Staatsregierung – einschließlich Mitglieder der Staatsregierung oder Re-

präsentanten des Freistaates Bayern – von den Organisatoren des Ludwig-Erhard-Gipfels 2025 finanzielle Leistungen wie Übernahme von Übernachtungs- oder Reisekosten erhalten oder sich erstatten lassen und welche Informationsaufträge, Werbeschalungen, Anzeigenkampagnen oder sonstigen medienbezogenen Leistungen – einschließlich Inserate, Öffentlichkeitsarbeit oder Fördermaßnahmen – hat die Staatsregierung im Jahr 2024 oder 2025 bei der Weimer Media Group bzw. deren Marken in Auftrag gegeben oder finanziell unterstützt?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Aufgrund von Berichten, wonach Gefangene in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Aichach bei der letzten Bundestagswahl ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, frage ich die Staatsregierung, auf welche Weise wurden die wahlberechtigten Gefangenen über ihr Wahlrecht und die Möglichkeiten der Ausübung desselben informiert (bitte Art und Weise angeben, in der Gefangene ihr Wahlrecht ausüben konnten), wie viele Gefangene machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch (bitte Anzahl der wahlberechtigten Gefangenen angeben sowie Anzahl der angeforderten Briefwahlunterlagen sowie der abgegebenen Stimmzettel) und welche Wahlergebnisse wurden in dem zuständigen Wahllokal erzielt (bitte für die JVA Aichach zuständiges Wahllokal angeben und jeweilige Ergebnisse der Parteien angeben)?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regionen in Bayern waren in jüngster Vergangenheit vom Ausfall des Digitalfunks betroffen und welche nicht, wie wirkten sich die Störungen des Digitalfunks in Bayern auf die Einsatzbereitschaft von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten aus?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl religiös motivierter Fälle von Körperverletzung (z. B. Beschneidungen durch Laien, wie zuletzt im Landkreis Günzburg geschehen) seit 2010 entwickelt, in wie vielen Fällen kam es dabei zu Verurteilungen der Täter und wie verteilen sich die Fälle anteilig auf die einzelnen Religionen (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach Jahr angeben)?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld wurde im Jahr 2024 für die gesamte bayerische Wohnraumförderung in Bayern ausgegeben (alle Förderprogramme unter dem Dach der BayernLabo), wie hoch waren im Jahr 2024 die Gesamtausgaben in Bayern für Kosten der Unterkunft und Heizung (Kdu) im Rahmen des Bürgergeldes und welchen Anteil (in Prozent) an den im Jahr 2024 in Bayern ausgezahlten Mitteln für Wohnraumförderung (Unterfrage 1) sowie für Kosten der Unterkunft und Heizung (Unterfrage 2) machten Leistungen an ausländische Empfänger (ausländische Staatsbürger) jeweils aus?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang stehen für das laufende Jahr Fördermittel aus dem Programm „Azubiwohnen“ für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende bereit, in welcher Höhe sind Anträge auf Fördermittel bisher ein-

gegangen (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln) und in welchem Umfang wurden Anträge und Fördermittel heuer bereits bewilligt?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung angesichts des Einsparungsdrucks auf die Universität Passau (vgl. Presseauskunft der Universität vom 08.05.2025), wie sie die Gefahr der Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Universität Passau bewertet, ob ihr bekannt ist, dass Maßnahmen, wie sie in Passau geprüft werden, wie Personaleinsparungen, Servicezeitenverkürzung und Lehrstuhlstreichungen sowie Zurückstellung von technischen Neuausstattungen etc., auch an anderen Hochschulstandorten in Bayern gegenwärtig oder in naher Zukunft eingeleitet werden müssen und wenn dies der Fall sein sollte, welche Maßnahmen an diesen Hochschulstandorten ins Auge gefasst werden (bitte aufschlüsseln nach Standort und Maßnahmen)?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Einschätzung des Bundesrechnungshofs, dass dem Fiskus jährlich zweistellige Milliardenbeträge durch unzureichende Prüfungen von Registrierkassen (Kassen-Nachschaun) entgehen (vgl. Bericht auf ntv.de „Bundesländer lassen Kontrollen von Steuerbetrug schleifen“ vom 05.05.2025), frage ich die Staatsregierung, wie viele Kassen-Nachschaun wurden in Bayern seit Einführung der gesetzlichen Regelungen im Jahr 2018 jährlich durchgeführt (bitte pro Jahr angeben), wie viele Verstöße oder Beanstandungen wurden im Rahmen der Kassen-Nachschaun in Bayern seit 2018 festgestellt (bitte pro Jahr angeben) und wie hat sich der Turnus der Kassen-Nachschaun seit 2018 in Bayern entwickelt?

**Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Neueinstufung der AfD als gesichert rechtsextrem, kündigte der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, an, „man müsse prüfen, welche Konsequenzen diese Einstufung für die Tätigkeit von AfD-Mitgliedern im öffentlichen Dienst haben muss“ (Bild, 03.05.2025, vgl. auch „Kann jemand, der der AfD angehört, noch Lehrer sein für unsere Kinder oder als Polizistin in der bayerischen Polizei mitarbeiten?“ BR, 02.05.2025 und Forderung des Bayerische Beamtenbunds „Kein Generalverdacht – aber AfD-Mitglieder im öffentlichen Dienst definitiv in den Fokus nehmen!“ (BBB, Rainer Nachtigall 07.05.2025)), frage ich die Staatsregierung, wie eine mögliche Überprüfung des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration im Umgang mit AfD-Mitgliedern im Staatsdienst ablaufen sollte, nachdem der erste Schritt, das Gutachten zu analysieren, erfolgt ist, welche nächsten einleitenden Schritte wird der Innenminister auf der Innenministerkonferenz Mitte Juni in Bremerhaven einbringen, auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesamts für Verfassungsschutz, die AfD vorerst nicht als gesichert rechtsextrem zu bezeichnen und wie will der Staatsminister sicherstellen, dass das Vertrauen in einen handlungsfähigen bayerischen Staat nicht gefährdet wird (bitte den kompletten Staatsbedienstetenapparat be-

leuchten)?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Nachdem das Modernisierungsgesetz 3 sich derzeit in der Diskussion befindet, frage ich die Staatsregierung, wie sichergestellt wird, dass die Anforderungen des barrierefreien Bauens im Rahmen der geplanten Änderungen von § 4 („Einbau weiterer Wohnungen in bestehende Wohngebäude“) eingehalten werden, ob das barrierefreie Bauen Teil der Anzeigepflicht ist und wie die Einhaltung kontrolliert und gegebenenfalls geahndet werden soll?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge aus dem Landkreis Ebersberg auf Förderung des kommunalen Wohnungsbaus nach der Einkommensorientierten Förderung (EOF) und dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) liegen dem Freistaat derzeit vor (bitte mit Nennung der Anzahl der Anträge sowie dadurch möglicher neuer Wohnungen), wie viele dieser Anträge konnten bisher bewilligt werden (bitte mit Angabe dadurch entstehender Wohnungen in den jeweiligen Gemeinden) und wie ist die Perspektive für die Anträge aus dem Landkreis, die derzeit aufgrund fehlender staatlicher Mittel auf der Warteliste stehen (z. B. Zeitschiene, weiteres Vorgehen etc.)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen zieht sie aus der Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch, was bedeutet die Einstufung als Konsequenz für Bayerns Staatsbedienstete mit AfD-Nähe, inwieweit wird die AfD vor dem neuen Hintergrund vom bayerischen Verfassungsschutz künftig intensiver beobachtet?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften, insbesondere der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 09.12.2024 (GVBl. S. 573) in Art 31 Abs. 3 Satz 1 frage ich die Staatsregierung, ob hierdurch für die Gemeinderatswahlen ab 2026 eine Gleichstellung der beschäftigten Tarifangestellten mit den in einer Gemeinde angestellten Beamtinnen und Beamten erfolgte und damit jede beschäftigte Arbeitnehmerin oder beschäftigter Arbeitnehmer einer Gemeinde an der Annahme des Amtes im Falle eines Wahlerfolges bei den Gemeinderatswahlen, ohne Rücksicht auf die Einflussnahmemöglichkeit der betreffenden Arbeitnehmerin bzw. des betroffenen Arbeitnehmers auf die Gemeindeverwaltung, nicht antreten bzw. nur unter Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses bzw. unter Beachtung des Art. 31 Abs. 3 Satz 3 BayGO zu dieser Gemeinde das Amt annehmen kann?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft waren Amtsträger/Mandatsträger/Mitglieder der politischen Parteien Opfer von politisch motivierter Gewaltkriminalität in Bayern im Jahre 2023 (bitte tabellarisch aufschlüsseln nach der jeweiligen Partei), wie oft waren Amtsträger/Mandatsträger/Mitglieder der politischen Parteien Opfer von politisch motivierter Gewaltkriminalität in

Bayern im Jahre 2024 (bitte tabellarisch aufschlüsseln nach der jeweiligen Partei) und wie hoch waren die jeweiligen Aufklärungsquoten, aufgeschlüsselt nach Jahr und politischer Partei?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Rechtmäßigkeit der derzeitigen und zuletzt durch die Bundesregierung nochmal verschärften Grenzkontrollen unter Berücksichtigung des Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 17.03.2025 (Aktenzeichen 10 BV 24.700), wonach die Kontrollen rechtswidrig sind (Zitat aus der Begründung – Randnummer 32: „Die Anordnung von Binnengrenzkontrollen für den Zeitraum vom 12. Mai 2022 bis 11. November 2022 an der deutsch-österreichischen Grenze war nicht von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 SGK gedeckt. Sie wurde nicht mit einer neuen ernsthaften Bedrohung im Sinne dieser Vorschrift begründet, die grundsätzlich eine erneute Wiedereinführung der Kontrollen hätte rechtfertigen können.“) und unter Berücksichtigung der (indirekten) Beteiligung bayerischer Polizistinnen und Polizisten in Form der Bayerischen Grenzpolizei an den Kontrollen, welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus diesem Urteil und was bedeutet es für Bayerische Polizistinnen und Polizisten, wenn sie von der Staatsregierung angewiesen werden, rechtswidrige Kontrollen zu unterstützen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Hinblick auf die sich weiter verschärfende Biodiversitätskrise in Bayern und die durch die erhöhte Haushaltssperre und Umschichtungen im bayerischen Umwelthaushalt knapper werdenden Mittel für Artenschutz, frage ich die Staatsregierung, welche Artenhilfsprogramme werden derzeit vom Artenschutzzentrum im Landesamt für Umwelt (LfU) bearbeitet bzw. sind in Planung (bitte kurz aufzählen und aufschlüsseln nach Arten), welche bayerischen Artenhilfsprogramme können nicht im bisherigen Umfang (d. h. im Blick auf den bisher erreichten und für den Artenerhalt notwendigen Projektstatus) weitergeführt werden (bitte gekürzte Programmteile, wegfallende Maßnahmen und Umfang der Kürzungen, auch personell, angeben) und welche Artenhilfsprogramme (insbesondere von den gekürzten) werden im Kontext bzw. in Kooperation mit den bayerischen Landschaftspflegeverbänden bearbeitet (bitte aufschlüsseln)?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen ihr zum Burschenschafts-Fest der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg am 05.04.2025 vorliegen, welche Kontakte zwischen der Aktivitas der Burschenschaft Teutonia und der rechtsextremistischen Organisation „Der III. Weg“ / „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) bekannt sind und ob die Intensität der Beobachtung der Burschenschaft Teutonia für ausreichend gehalten wird?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen AfD-Abgeordneten einer Beobachtung durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unterliegen, seit wann die entsprechenden Abgeordneten jeweils beobachtet werden und welche Ergebnisse bzw. Erkenntnisse in der Prüfphase jeweils zur Entscheidung der Beobachtung geführt haben?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welchen Umsetzungszeitraum ist die Nord-Ost-Spange im Ausbauplan vorgesehen, nach welchen Kriterien wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis geprüft (bitte auch Kostenergebnis nennen) und könnte die Bamberger und Lichtenfelsenstr. (Staatsstr. 2197), die durch Bad Staffelstein führt, bereits jetzt auf die Kommune übertragen werden, sodass Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation umgesetzt werden können?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es zur Bekämpfung der Blaualgenproblematik alternative Ablagerungsbereiche für den ausgebagerten Schlamm im Bereich des Altmühlsees außerhalb der Vogelinsel, gibt es Konzepte, wie zusätzlich Schlamm und Sedimente in den Bächen und Gräben im Einzugsbereich des Altmühlsees gezielt entnommen werden können, bevor sie in den See gelangen und welche Pläne hat die Staatsregierung, über finanzielle Anreize Landwirte im Einzugsbereich des Altmühlsees zu unterstützen bei Änderungen ihrer Bewirtschaftung zur Verhinderung von Nährstoff- und Sedimenteinträgen?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus Union und SPD in Zeile 2 729 festgehalten wurde, dass ein NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg geschaffen wird und die Stadt Nürnberg bereits signalisiert hat, dass sie über die notwendige Expertise und Infrastruktur verfügt, um dieses Projekt umzusetzen, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Schritte seit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags unternommen wurden, um die Errichtung des NSU-Dokumentationszentrums in Nürnberg voranzutreiben, welche Rolle die Bayerische Staatsregierung bei der Finanzierung und inhaltlichen Ausgestaltung des Zentrums – insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Bund und der Stadt Nürnberg – spielen wird und welcher bzw. welche Standorte für das NSU-Dokumentationszentrum vorgesehen sind?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand zur von Staatsministerin Anna Stolz angekündigten Weiterentwicklung der Prüfungskultur an bayerischen Schulen (siehe Pressemitteilung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 06.06.2024, bitte konkrete Schritte erläutern, beispielsweise in Form von Arbeitsgruppen, Erarbeitung von Modellversuchen etc. bereits auf den Weg gebracht wurden), wie wird bereits bestehende Expertise aus Bayern, wie der Modellversuch „Prüfungskultur Innovativ“, in diese Arbeit mit eingebunden und in welchem Zeitrahmen plant das Staatsministerium, die Schülerinnen und Schüler in Bayern durch eine zeitgemäße Prüfungskultur zu entlasten?

**Matthias Vogler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anzahl an Tuberkulosefällen wurde in Bayern im Jahr 2024 registriert, und wie hat sich die Fallzahl im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt, welche finanziellen Mittel wurden im Jahr 2024 für die Behandlung und Prävention von Tuberkulose in Bayern bereitgestellt?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verordnungen und Vorschriften regeln den Einbezug von Abgeordneten des Landtags bzw. des Bundes oder Vertretern von politischen Parteien im schulischen Unterricht in Bayern etwa im Rahmen der politischen Bildung wie zum Beispiel der neu geschaffenen Verfassungsviertelstunde?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Auswirkungen des neuen Hebammenhilfvertrags auf die Arbeitsbedingungen und Vergütung freiberuflicher Hebammen sowie auf die flächendeckende geburtshilfliche Versorgung in Bayern und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um mögliche negative Auswirkungen abzufedern?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Waldfläche der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) seit 2020 jährlich verändert hat (bitte aufschlüsseln nach Waldfläche und Bilanz in ha), wie viele Hektar Staatswaldflächen (BaySF) im Bannwald seit 2020 für, von den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) gemeldete Infrastruktur-, Bau- und Industrieprojekte gerodet wurden und aus welchen Gründen die Waldfläche in Bayern ein Minus von 75 Hektar aufweist, wie die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber, in ihrem Bericht am 23.10.2024 über die Ergebnisse der Vierten Bundeswaldinventur 2024, in der sogar eine Flächenminderung von 3 000 Hektar Waldfläche für Bayern dokumentiert wird, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus bestätigte?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Gemeinden wurden bislang wie viele Standorte für Windkraftanlagen in den Landkreisen der Regionalplan-Regionen Ü17 Oberland und Ü18 Südostbayern von der Staatsregierung vorgesehen (bitte nach Gemeinde, Landkreis und Anzahl möglicher Windkraftanlagen auflisten), welche sog. Vorrang-Gebiete kommen hinzu (bitte nach Gemeinde, Landkreis und Anzahl möglicher Windkraftanlagen auflisten) und welche Gründe sprechen aus Sicht der Staatsregierung dafür, im Rotter Forst-Nord auf renaturierten Flächen Windkraftanlagen zu ermöglichen (vgl. Vorranggebiete W113 und W114)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen zu Flyeraktionen und Versammlungen der Identitären Bewegung Bayern/Lederhosenrevolte unter dem Titel „Lehrer hassen diese Fragen“ vorliegen, welche rechtsextremistischen Flyeraktionen und Versammlungen mit Bezug auf Schulen im Jahr 2024 erfasst wurden und wie viele rechtsmotivierter Straftaten an bayerischen Schulen in den letzten 5 Jahren gezählt wurden?